

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postweg ohne Postgebühr monatlich 1,50 M., bei Zustellung unter Streifenband 1,30 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postgesetzgebung für 1919 eingetragen.

Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III.  
Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Interate kosten die achteigspalt. Nonparillzeile oder deren Raum 1,20 M., Wortanzeigen das fertige Wort 50 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf., Leierungsgebühr 40 Pf., Familien- und Vereinstellungen anfragen fällt der Zuschlag vor. Interate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19  
Fernsprecher: Amt Norden 2895

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Stimmen der Vernunft.

## Proteste der alliierten Sozialisten.

Der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ wird aus Zürich gemeldet:

Während die Spannung auf die bevorstehenden Entscheidungen in Versailles in den bürgerlichen Blättern Frankreichs trotz der zur Schau getragenen Gewissheit über den Unterzeichnungswillen Deutschlands unverkennbar zunimmt, fahren die sozialistischen Organe fort, die alliierten Friedensbedingungen in ihrer verhängnisvollen Bedeutung für Frankreich und die ganze Welt scharf zu kennzeichnen. Wenn der Friedensvertrag so angenommen wird, wie er heute aussieht, dann wird, wie der Abgeordnete Charles Ristral in der „Humanité“ darlegt, an dem Regime, unter dem Europa zusammengebracht ist, nichts geändert werden. Der Versailler Friede vermindert die Gefahr künftiger Kriege nicht und bereitet weder Entspannung noch Verabigung vor, sondern fördert nur die Nachgegensätze und die Kämpfungen, Frankreich im besonderen schneidet sehr tief ab. Durch die Besetzung eines Teiles von Deutschland würden uns auf Jahre hinaus ungeheure Lebenskräfte entzogen, deren Frankreich heute mehr als je bedürftig ist. Die militärischen Fortschritte werden unser Budget bis zum völligen Zusammenbruch des Reichs vergrößern. Das Recht kann wirklich durch den Völkerbund wahrgenommen werden, der aber nicht einen Bund der Sieger darstellen darf, sondern die Einigung aller Nationen verwirklichen muß. Der Versailler Vertrag ist die Verneinung alles dessen, was wir erhofft haben, und die Menschheit wird seine schrecklichen Folgen zu tragen haben, wenn nicht der internationale Sozialismus stark genug ist, eine Revision des Vertrages zu erzwingen.

Das „Journal du Peuple“ erklärt ähnlich: Wenn Deutschland die Bedingungen von Versailles annimmt, begibt es Selbstmord; es unterschreibt sein wirtschaftliches Todesurteil, denn man nimmt ihm alles, was ein großer Staat braucht, um ein 70-Millionen-Volk zu ernähren. Es wird aber auch sein politisches Todesurteil unterschreiben, denn ein unbewaffneter Volk inmitten von gerüsteten Nationen ist den Angriffen der ganzen Welt ausgesetzt, sobald es den anderen Völkern beliebt. Trotzdem haben die unabhängigen Sozialisten Deutschlands vielleicht recht, wenn sie für die Unterzeichnung des Vertrages eintreten, denn der Friedensvertrag von Versailles ist so schädlich, daß er unabwehrbar dazu verurteilt ist, ein Papier-trogen zu bleiben, ohne daß irgendwelche Hoffnung auf seine Durchführung bestünde.

London, 21. Mai. (Reuter.) Eine Anzahl hervorragender Arbeiterführer, darunter Scuille, Snowden, Landsbury, Neil und Maclean, haben ein Manifest veröffentlicht, welches besagt, der Friedensvertrag enthält die Keime zu Konflikten und müsse deshalb so schnell als möglich einer Nachprüfung unterzogen werden.

Bern, 21. Mai. Der über 600 000 organisierte Mitglieder zählende Allgemeine Arbeiterverband Italiens nahm gestern auf einem Sonderkongress in Mailand einstimmig eine Tagesordnung an, in der ausdrücklich erklärt wird, daß die italienischen Arbeiterorganisationen jede direkte oder indirekte Mitsprache an der Antwort der verbündeten und assoziierten Regierungen an die deutschen Bevollmächtigten in Sachen der internationalen Besetzung ablehnen. Die Tagesordnung schloß mit einem scharfen Protest gegen die Verhandlungen der internationalen Arbeiterschaft durch die Pariser Konferenz, die sich sowohl über die Beschlüsse von Leeds 1916 als über die von Bern aus den Jahren 1917 und 1918 vollständig hinwegsetzte. Sie fordert die sofortige Eröffnung der ersten Tagung der Internationalen Arbeiterkonferenz und brandmarkt den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Vergewaltigungsversuch der Pariser Konferenz.

Die deutschen Sozialimperialisten von der Sorte der Sellmann und Stampfer, die nichts getan haben, um die Gewaltfriedens von Brest-Litowsk und Bukarest zu verhindern, haben gegen die Arbeiter in den Entente-Ländern den Vorwurf erhoben, daß sie zu wenig gegen den Gewaltfrieden von Versailles hätten. Der „Vorwärts“ hat sich zu diesem Zweck lombardische zurechtgerückte Adressenlisten aus Versailles telegraphieren lassen, das Wort schämte sich nicht, selbst in dieser Situation die Verleumdung des Proletariats untereinander fortzusetzen. Die obigen Meldungen zeigen, daß die Arbeiter in den Entente-Ländern nicht müde sind; sie erfüllen ihre Pflichten gegen die Internationale

in weit besserer Art als die deutschen Sozialimperialisten es je getan haben.

## Die Frist bis 29. Mai verlängert.

Die Antwortnote Clemenceaus.

Paris, 21. Mai.

Dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation in Versailles, Reichsminister Grafen Brockdorff-Ransau, ist heute folgende weitere Note Clemenceaus zugegangen:

Paris, den 21. Mai 1919.

Herr Präsident!  
Die Ehre, Ihnen den Empfang Ihres Briefes vom 20. Mai zu bestätigen. Sie hatten die Güte, mich darauf hinzuweisen, die Fragen, über welche die deutsche Delegation Bemerkungen vorzulegen wünsche, seien so verwickelt, daß die Denkschriften der deutschen Delegation in der Ihnen am 7. d. Mts. gewährten 15-tägigen Frist nicht fertig sein könnten. Sie fordern insoweit eine Verlängerung dieser Frist.

In Erwiderung hierauf habe ich die Ehre, Eurer Excellenz mitzuteilen, daß die alliierten und assoziierten Regierungen einverstanden sind, die Frist bis Donnerstag, den 29. d. M., zu verlängern.

Geschwigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Die Truppen der Alliierten zum Vormarsch bereit.

Amsterdam, 22. Mai.

Das Reutersche Bureau meldet aus Köln, es sei kein Geheimnis, da die Truppen der Alliierten an allen Stellen zum sofortigen Vormarsch bereit ständen.

Rücktritt amerikanischer Friedensdelegierter.

London, 22. Mai. (Reuter)

„Daily Mail“ meldet, daß neun Mitglieder der amerikanischen Friedensdelegation ihr Rücktrittsgesuch eingereicht haben. Drei Gesuchen wurde entsprochen.

## Der „Vorwärts“ in der Falle.

Neue, aber dumme Lügen.

Wir hatten in unserer Mittwochabend-Ausgabe eine Zuschrift veröffentlicht, die feststellte, daß der „Vorwärts“ am 18. Mai erklärte, er habe alle ihm während der Märzferien aus dem Befehlshaber zugehenden Beschwerden gegen die Regierungstruppen Herrn Roske und dem Korps Valtowitz zur Prüfung und Erledigung mit vollem Namen und voller Adresse übermittelt, während er am 18. März behauptete, sie ohne Namens- und Adressenangabe weitergegeben zu haben. Wie schwindelt sich nun der „Vorwärts“ aus dieser peinlichen Situation heraus? Er schreibt:

„Zur Behandlung der uns in den Aufstandstagen zugegangenen Beschwerden über Regierungssoldaten tragen wir nach, daß wir — was wir lechthin versehentlich hervorzuheben unterließen — Namen und Adresse des Einsenders zwar bei Uebersendung an Roske nicht entfernt haben, wohl aber bei Einbringung an das Kommando der Truppen; die allermeisten haben wir direkt an Roske geschickt.“

So diese Worte, so viele Lügen! Denn, versetzte „Vorwärts“-Redakteure, wie reimt sich denn die Weitergabe der Beschwerden ohne Namen und Adressen mit Ihrer Behauptung, Beschwerden ohne Angabe des Beschwerdeführers, also des Hauptzeugen, könne kein Mensch nachprüfen?

Es bleibt also dabei, daß die „Vorwärts“-Leute sich als ganz gewöhnliche Denunzianten betätigt haben, nun aber nicht den Mut anbringen, für das eingetretene, was ihnen ihre Uebersetzung — oder nur Herr Stampfer — vorgeschrieben hat.

## Ein unerhörter Skandal.

München, 22. Mai.

Levine Rifkin ist im Gefängnis mit einer Hand an die Mauer angeschlossen worden. Einer auch in Ost baltischen Frau wurde gestattet, ihr bisher in Berlin befindliches Kind zu sich zu nehmen. Levine hat in den letzten Tagen den Besuch seiner Mutter und Schwester empfangen.

Der Oberleutnant Vogel ist nicht angeordnet worden, er durfte entfliehen, aber Gegner der Regierung werden wie gemeine Verbrecher behandelt.

## Herr Haenisch für Religionsunterricht „in der bisherigen Weise“!

Von Privatdozent Dr. Arthur Rosenberg.

Auch in diesen Tagen bedeutamer politischer Entscheidungen darf das deutsche Proletariat die Schul- und Bildungsfragen nicht ganz vergessen; schon darum nicht, weil gerade auf diesem Gebiet sich jene Parteien und Männer in ihrer ganzen berückenden Schönheit offenbaren, mit denen wir jetzt den neuen Burgfrieden schließen sollen. Die Nachhaber erklären: „Die Regierung ruft alle Volksgenossen auf, in dieser schweren Stunde mit ihr auszusparen in wechselseitigem Vertrauen auf dem Wege der Pflicht“ usw.; bezeichnet Roskell Ja, was hat denn bisher die Regierung getan, um sich das „Vertrauen“ des deutschen Proletariats zu verdienen, und wie haben die Nachhaber in Deutschland und Preußen bisher selber ihre „Pflicht“ getan?

In der „Allgemeinen Deutschen Lehrerzeitung“ konnte man vor einigen Wochen folgende erbauende Mitteilung lesen: Wie wir aus einem Sitzungsbericht des Kreislehrerverbandes Landsberg a. W. erfahren, forderte die Frankfurter Regierung eine Erklärung aller ihr unterstellten Lehrer, ob sie künftig Religionsunterricht erteilen wollen oder nicht. Die Kreisdeputation sprach in ihrem diese Sache betreffenden Aufschreiben von Erteilung des Religionsunterrichts in der „bisherigen Weise“. — So geschahen im Jahre des Heils 1919, in der Republik Preußen, im Amtsbezirk des sozialdemokratischen Ministers Konrad Haenisch. Eine staatliche Behörde fordert von den ihr unterstellten Lehrern den Religionsunterricht in der bisherigen Weise; d. h. mit der Eintrichterei der Bibelprediche und der Gesangbuchwerke, des Katechismus und der Wundergeschichten! Aber dieser Kreisdeputationsinspektor in Landsberg a. W. ist ein sehr geschickter Mann; er wird es noch weit bringen in der sozialistischen Republik Preußen; denn er hat mit erstaunlicher Hellhörigkeit gerade die Worte und Gedanken seines allerhöchsten Chefs wiedergegeben. Hören wir einmal nach dem Untergebenen den Meister, nach dem Kreisdeputationsinspektor den Minister selbst!

Jüngst wurde der Öffentlichkeit ein Erlaß Haenischs bekanntgegeben, der schon am 11. 1. 1919 erlassen ist und den Religionsunterricht an den Lehrezseminaren regelt. Der Absatz 1 des Erlasses spricht von solchen Lehrgängen der Seminare, die freiwillig am Religionsunterricht teilnehmen, und die später Religionslehrer werden wollen. Sie seien auf ihren Wunsch bei der Entlassungsprüfung in der Religionslehre zu prüfen. Nun folgt der Absatz 2: „Es liegt in der Natur der Sache, daß bei den zu 1 bezeichneten Kandidaten auch für den Religionsunterricht der häusliche Reich in Anspruch zu nehmen ist, und daß sie in der bisherigen Weise theoretisch und praktisch für die Erteilung dieses Unterrichts ansorbildet werden.“ Ist es nicht eine wunderbare Fügung der Umstände, daß ganz genau die gleichen Worte, vom Religionsunterricht „in der bisherigen Weise“, mit denen sich der Kreisdeputationsinspektor in Landsberg a. W. blamiert hat, auch in dem Erlaß von Konrad Haenisch auftauchen? Der bisherige Religionsunterricht ist eine Ungeheuerlichkeit vom bibelgeschichtlichen, sittlichen und wissenschaftlichen Standpunkt. Wie das „Proletantenblatt“ vor ein paar Monaten mitteilte, ist auf einer Parteikonferenz vor zehn Jahren gesagt worden: Es ist der stärkste Beweis für die Lebensfähigkeit des Christentums, daß es durch den Religionsunterricht in der Schule noch nicht ausgerottet worden ist. — So wird ein einschüchternder christlicher Geistlicher; aber Konrad Haenisch spricht: Religionsunterricht in der bisherigen Weise!

Die Freunde Haenischs werden darauf erwidern, daß die Sache ja nicht so schlimm sei, weil der bekannte Erlaß des Kultusministers den Lehrern und Schülern die Möglichkeit gebe, sich vom Religionsunterricht entbinden zu lassen. Aber wer die Verhältnisse kennt, weiß, daß diese „Freiwilligkeit“ des Religionsunterrichts in der Regel auf dem Papier steht. Zunächst die Lehrer sind auch nur menschliche Menschen, sie leben, wie überall in den Schulbehörden die Vertreter der politischen und kirchlichen Reaktion fest auf ihren Plätzen sitzen und werden nicht



Die Leben, wozu der Kurs unter Goemich und seinem  
Zentrumunterstützung steht, und die fürchten vielfach,  
ihre Karriere zu schädigen, wenn sie den Religionsunter-  
richt verweigern. Abgesehen ist nirgends der Druck der  
Reaktion noch so lebhaft, wie gerade in den  
Lehrerseminaren, aus denen die künftigen Unter-  
weiser der deutschen Jugend hervorgehen. Nirgends wäre  
es deshalb nötiger gewesen, den Religionsunterricht in der  
„bisherigen Weise“ zu beibehalten, als gerade hier. Und die  
Eltern? Leider sind sie in ihrer überwiegenden Mehr-  
heit, auch wenn sie nicht mehr auf dem Boden der Kirche  
stehen, zu energielos und zu bequem, um ihre  
Kinder aus dem Religionsunterricht fortzunehmen. Das  
alles mußten die Dunkelkammer nur zu gut, die Herrn  
Goemich bei seinen Erlassen die Feder führen.

Bei der Lösung der Aufgabe, unsere Schulfugend von  
der kirchlichen Verdummung zu befreien, hat Konrad  
Goemich glänzend versagt, und ebenso versagt hat  
er in allen anderen Fragen unserer Bildung-, Kultur-  
und Schulwesen. Goemich hat seine Pflicht als Minister  
und als Sozialist nicht getan. Wie kann auch von  
„wechselseitigem Vertrauen“ zwischen der  
Arbeiterklasse auf der einen, und ihm und seinen Kollegen  
auf der anderen Seite, gar keine Rede sein.

## Beginnende Einkehr?

Die offizielle „Deutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht  
an leitender Stelle eine Ankündigung von „besonderer Seite“, die  
sich gegen die von unserer Partei ausgegebene Parole in der  
Friedensfrage wendet und zu dem Schluß kommt, es wäre  
„pflichtwidrig“ gewesen, der Parole der Unabhängigen zu  
folgen und sich zur Unterschrift zu bekennen. Dann heißt  
es in dem Briefe weiter:

„Noch pflichtwidriger aber wäre es, die Gefahren der  
Antisemitismusverweigerung zu verschleiern oder  
gar den Rogen darauf zu überspannen, daß man die Unbe-  
schreiblichkeit vermeiden will, wenn der Vertrag nicht „grundlegend“  
geändert wird.“

Es läßt sich heute nicht sagen, nach welchem Maß von  
Korrekturen der Vertrag annehmbar wird. Das ist eine  
Lauffrage, die Forderung und Nationsberaumung be-  
antworten müssen, wenn die Ententeantwort vorliegt. Abgesehen  
von den Berufsprotesten, die bereits wieder einen Neu-  
Nationalismus ausgelebt haben, lassen sich zu viele vom  
Schwung eines drohenden Reins mitreißen. Heute gilt  
größerer: den Erfolg der deutschen Gegen-  
vorschläge abwarten und aus ihm die Gegen-  
vorschläge, wie die oben erwähnte Lauffrage zu prüfen, und  
zweifelnd: sich und alle darauf vorbereiten, daß trotz aller  
Gegenvorschläge der endgültige Friedensvertrag  
unlösbar hart sein wird und daß nicht Wohlstände einer  
perfekten imperialistischen Zeit für die Beurteilung der  
Annehmbarkeit und Unannehmbarkeit gelten dürfen. Wir  
haben den Krieg, wir haben den Krieg verloren!

Die hier wiedergegebenen Äußerungen des offiziellen  
Blattes klingen schon wesentlich anders als das „Unannehm-  
bar“, das Scheidemann als Sprachrohr des Kabinetts in der  
Sitzung der Nationalversammlung herausgeschmettert.  
Neues dröhnende „Nein“, aber das das offizielle Organ  
jetzt selbst spottet, wird offenbar in den „mohigebenden  
Kreisen“ denn doch nicht als die richtige Methode angesehen,  
um die Friedensverhandlungen führen zu können.

Auch Herr Scheidemann zeigt in der Rede, die er  
am Mittwoch in der Versammlung der Reichssozialisten am  
Wilhelmplatz gehalten hat, daß die Regierung eine Rück-  
zugslinie sucht und eingulenden beginnt. Er führte  
dort folgendes aus:

„Mit den Protestationen um des Protestes willen oder gar  
als Hilfsmittel für die Entflammung eines neuen  
Nationalismus haben wir nichts zu tun. Protest, das  
ist die einmal aufwendigste Form der Volkstungebung,  
aber sein wesentlicher Inhalt darf nicht Willkürerfindung sein,  
sondern zur Willkürerfindung führen, darf nicht eine  
stetige Wiederholung des schmerzlichen Wortes  
„Unannehmbar“ sein, sondern muß zur Aufstellung eines  
annehmbaren Uebereinkommens führen!“

Wer hat dieses „Unannehmbar“ tausende Male wieder-  
holt? Wer hat die neue Kriegsbege der Nationalisten so-  
lange unterstützt, bis im Auslande der Eindruck entstan-  
den ist, daß Deutschland sich zu einem neuen Waffengange  
rüste. Das war dieselbe Regierung des Herrn Scheidemann,  
die jetzt vor der ewigen Wiederholung des Wortes Un-  
annehmbar warnt. Nun graut ihr selbst vor den Folgen  
ihrer Politik, nun fürchtet sie, daß der nationalstümliche  
Laumel auch sie in den Abgrund reißen kann, und plötzlich  
beginnt sie, vor „den Protestationen“ zu warnen. Offen-  
lich bleibt ihre neue Einsicht nicht auf halbem Wege stehen!

## Der Prolet der Vernunft.

Der Bund „Neues Vaterland“ hielt am Mittwochabend eine  
Versammlung ab.

Die Kammerfülle war überfüllt; man stand in den Gängen  
und drängte sich auf den Galerien. 2000 bis 2500 Männer und  
Frauen lauschten aufmerksam den Rednern, die die Friedensfrage  
belehrteten vom Standpunkte des Völkerrechtlers, des Wirt-  
schaftspolitikers und der allgemeinen Politik.

Hauptmann v. B. eröfnete den Reigen mit einer  
bezüglichen Plakation zum Schulbuchkenntnis, zum Eingehändnis  
der Politik der früheren und jetzigen Regierung und auch des  
Volkes. Aber dieses Bekenntnis muß uns anspornen, auf dem  
neuen Wege mutig vorwärts zu schreiten, um ein sozial befreites  
neues Deutschland zu schaffen.

Dr. Seydewitz unterzog den Gewaltfrieden der Entente  
einer scharfen völkerrechtlichen Kritik im Vergleich mit Wilsons  
14 Punkten. Er kam zu dem Ergebnis, daß wir trotzdem an-  
nehmen müssen aus nationalen wie auch aus internationalen  
Gesichtspunkten. Auch er kritisierte scharf die Beschlüsse der  
jetzigen Regierung.

„Wir müssen waltpolitisch denken und die Tatsachen  
nüchtern erkennen“, war der Beigebanke der sehr ausführlichen  
Vorlesungen Engelbeil Graß, der die geographischen und  
wirtschaftlich-politischen Fragen des Versailles Vertrages be-  
handelte.

Zum Schluß hielt v. B. eine glänzende politische An-  
sprache. Oft von Trauer- und Wehmut unterbrochen, kennzeichnete  
er die unheimlichste, unpopulärste Politik der Regierung von  
gestern und heute.

Trotz der mehr als dreistündigen Dauer der Versammlung  
folgten die Anwesenden mit größter Aufmerksamkeit den Red-  
nern, und die wenigen gegnerischen Zwischenrufe läßen häßliche  
Proteste aus.

Die angenommene Resolution bringt in der Einleitung  
zum Ausdruck, daß nach dem Zeugnis Romain Rollands in der  
„Quinzième“ der Bund „Neues Vaterland“ berichtigt ist, gegen  
den Gewaltfrieden zu protestieren: „Der Bund Neues Vaterland  
darf bei uns auf Wehr rechnen, denn er ist aufrichtig und reinen  
Gewissens“, schreibt der große französische Dichter. Die Ent-  
schließung lautet dann fort:

„Trotzdem ist und jetzt ein Friedensvertrag vorgelegt wor-  
den, der mit den 14 Punkten Wilsons wesentlich unvereinbar  
ist. Es ist allerdings festzustellen, daß die offizielle deut-  
sche Politik und die öffentliche Meinung Deutschlands in den  
letzten beiden Jahrzehnten dem pazifistischen Gedanken ge-  
radermaßen feindlich gegenübergestanden hat und daß die ge-  
samt innewe und äußere Politik Deutschlands von einem  
imperialistisch-militaristischen Standpunkte  
aus geführt wurde. Daraus erklärt sich sowohl der Haß der Welt  
gegen Deutschland, als auch die Verurteilung der Kriegsschuld.  
Die Welkenne dieser Politik Deutschlands waren die Ab-  
kehrung des Europäischen Vermittlungsvorschlages unmittelbar vor  
Ausbruch des Krieges und während des Krieges der Friede von  
Versailles.“

In letzter Stunde rufen wir die Pazifisten und  
Sozialisten aller Länder auf, sich dafür einzusetzen,  
daß das Selbstbestimmungsrecht aller Völker einschließlich des  
deutschen gemehrt und dem deutschen Volke die wirtschaftliche  
Lebensmöglichkeit gleich allen übrigen gelassen werde.

Seit und dieser unser Appell verbreitet ist, so wissen wir,  
daß Deutschland in seiner Zwangslage den Gewalt-  
kampf weder aufnehmen kann und will. Es könnte  
aber einen Vertrag, der in einzelnen Bedingungen nicht nur  
das deutsche Volk, sondern auch alle übrigen Völker schwerstens

schädigt, nur unter Protest und mit der Erklärung, daß er un-  
schuldig sei, unterschreiben.

Unsere Hoffnung bleibt dann nur der Völkerverbund als die  
geistige Weltrevolution. Der Völkerverbund mag in seiner  
jetzt vorgeschlagenen Form noch so unvollkommen sein, insbe-  
sondere ohne Zentralorgane für eine Rechts-, Wirtschafts- und  
Kulturgemeinschaft, welche ihn erst lebensfähig machen. Mit  
die überall unabweislichen politischen Annäherungen werden  
eine Revision des unerschütterlichen und unerschütterlichen Friedens-  
vertrages nach sich ziehen.

Nicht auf Revanche wollen wir einwirken,  
sondern auf die Durchdringung der ganzen Welt — vor  
allem auch unserer eigenen Völkern — mit Pazifismus, dessen  
Verwirklichung höhere Demokratie und Sozialismus heißt.“

## Verlorene Berichterstattung.

Ganz tatsächlichen konnte die bürgerliche Presse die gemachte  
in der Versammlungsgeschichte Berlins beispiellose Kundgebung  
der Unabhängigen Sozialdemokratie nicht. Am Freitagsabend  
aber herabgelassen, wannsich diese blühende Aushilfskategorie und  
Sprachen höchstens von vielen Tausenden. Dagegen wird die ver-  
gleichsweise klägliche Versammlung der Reichssozialisten vor dem  
Ballon des Herrn Scheidemann zu einer Riesendemonstration  
aufgeführt, an der, wie eine Korrespondenz schreibt, 35-40 000  
Personen teilgenommen hätten. Wir haben es nicht nötig, in  
einem nachträglichen Wettbewerb um die Lösung der Frage ein-  
zutreten, welchen Eindruck die eine oder die andere Kundgebung  
hervorgehoben hat. Wer die Demonstration der Unabhängigen  
Sozialdemokratie mitgemacht hat, der weiß, daß sich das ganze  
arbeitende Berlin daran beteiligt hat. Wen das Schicksal  
außerhalb auf den Wilhelmplatz verschlagen hat, der wird dort  
bemerklich haben, daß die Anhängerschaft des Herrn Scheidemann  
sich auf eine für Berlin geradezu lächerliche Zahl beschränkt.

Bezeichnend ist, daß das Reichsamt Bureau einen „Anhangen“  
Bericht über die Scheidemann-Versammlung verfaßt, dagegen  
unser Kundgebung nur so ganz nebenbei erwähnt. Die Hunderte  
tausende von Arbeitern, die am Mittwoch ihren Willen für den  
Frieden und gegen die neue Kriegsschuld kundgegeben haben, er-  
scheinen für das offizielle Bureau nicht; für dasselbe Bureau, das  
alle Kundgebungen sorgfältig registriert, die von den Nationalisten  
ausgehen.

Der „Vorwärts“ berichtet unter der Spitzmarke „Geißel“  
Waffen der U. S. D.“ folgende Anekdote aus der Kund-  
gebung von Lustgarten:

Gegen 17 Uhr kam ein Soldat aus dem Schlosse von der  
Westrunderstraße. Auch hatte er das Schloß verlassen, als  
er von Unabhängigen umgibt und unter Faustschlägen  
vor das Rednerpult gebracht wurde. Dort wurde er gezwungen,  
die Hände abzuschneiden und Hurra zu rufen. Tat es das  
nicht, so wurde er mit Knüttelschlägen bestraft; dann  
wurden ihm die Abgeschnitten und die Handflächen abgerissen.  
Das vor dem Rednerpult, also mit Willigung eines Partei-  
mitglieds! ...

Außer dem Berichterstatter des „Vorwärts“ hat nach unse-  
ren Ermittlungen bisher kein Mensch einen solchen Vorgang be-  
schrieben. Es heißt ganz so aus, als wenn der „Vorwärts“ diesen Be-  
richt aus dem Schlosse von der Westrunderstraße erhalten hätte und  
man weiß ja, was diese Berichterstattung wert ist. Die Arbeiter,  
die gestern im Lustgarten versammelt waren, haben anderen ge-  
sagt, als irgend einen Rolle-Schreiber zu verprügeln und ihn  
nach der Verwundung besonders höflich zu behandeln. Die  
zum Zurückziehen zu animieren. Diese Menschen-Sache aus  
achtet man, sonst aber läßt man sie laufen.

## Handgranaten in einer Versammlung.

Bromberg, 21. Mai.  
W. L. W. meldet: In einer von der Deutschen So-  
zialdemokratie einberufenen öffentlichen Volksversammlung wurde  
gestern Abend Geheimrat Kleinow den Arbeitern die  
Darlegung einer deutschen Politik in der Ostmark zu geben. Die  
nach Tausenden zählende Zuhörerschaft verhielt sich aber un-  
gewöhnlich dem Referenten gegenüber ablehnend und  
dortherin durch Besetzung durch dessen furchtbare Vor-  
würfe Ausdruck, daß der Vortragende seine Vor-  
führungen abbrechen mußte. Der Vorsitzende des Volksklub-  
schaffes Sidfsei stellte darauf fest, daß dieses Verhalten der  
Versammlungsteilnehmer zum Ausdruck bringen sollte, daß sie

## Krampl.

Von Ulrich A. Schmidt.

(Schluß.)

Sie gehen, Krampl und der Bruder, durch das Artosfel-  
feld, das ihnen gehört. Krampl hat, schlieflos, die ganze Nacht  
am offenen Küchenfenster gelegen; hinunter geborcht, ob sich in  
den Mittern etwas rühre. Die Nachbarn schlafen, seine Lampe  
mit vielen Kindern, stehen wie die Raben. Krampls Wachsam-  
keit war gewöhnlich; wieder hatten sie ein wichtiges Quadrat aus-  
geraubt und die Stauden umhergeschleudert. Julius wirft.

Auf einem Wiesentrain weidet Krampls weiße Bioge.  
Prunkstück der Familie. Sorgsam geht er, Anna, das Dien-  
mädchen, kommt nachsichtig an. Strahlt auf, da sie Alfred sieht,  
der immer ein freundliches Wort auf der Zunge hat.

„Vorwärts, Anna, eine Schlange!“ schreit er entsetzt.  
Anna lacht über das ganze breite Gesicht.  
„Wie keine Schlange hier, Herr.“

Krampl herrscht sie grundlos an. Ihm ärgert es, daß das  
Mädchen so behende tut, soeben Alfred im Hause weilt. „Wilde  
Bioge!“ schilt er vor sich hin, und man weiß nicht, meint er  
Wenig oder Tier.

Sie gehen weiter.

Krampl laut an einem Entschluß.  
„Sag mal.“ beginnt er endlich, „versucht meine Frau dich  
gerne mich aufzuheben? Sie glaubt, ich sei ein kranker  
Wein und den kranken Augen der Meinen schuld. Ich will  
bestimme ich zu hören: „Keine Familie ist ganz gesund!“  
Aber ich sage dir: sie ist hysterisch. Unheilbar. Der Arzt hat  
es mir gesagt. Ganz im Vertrauen. Nach einem schweren  
Anfall.“

Und er dockt seine hochenden Augen tief in die des Bruders.  
Krampl hat. Mit pathologischer Angst.

Alfred weicht aus.

„Sie hat mir nichts über dich gesagt.“ Ihm graut. Die  
Blicke. Das nennt man Ehe.

„Nicht auch doch scheiden.“

Aber Krampl schüttelt den Kopf.

„Die Kinder —“ sagt er dumpf.

Alfred hat kein Wort mit ihm. Erer mit der Frau.  
Schon immer war der Bruder ein Spiegel. Gelesen, heißt.  
Arme Frau, denkst er.

Als sie nach Hause kommen, halt Krampl ein alles Gebet-  
buch hervor, es tut geheimnisvoll, schlägt es auf. „Dies diese

Verse“, sagt er und weist auf vergilbte Schriftzüge, die von Dede  
des Buches innen bedecken.

Sie schildern die Todesstunde einer alten Frau.

„Was sagst du?“ fragt Krampl gespannt.

„Nun“, erzählst Alfred gedehnt. „Sehr gefühlvoll.“

„Schilderst du“, sagt Krampl schnell ein, „und Emma behauptet,  
die Krampl hätte kein Gemüt. Als sie diese Verse auf den  
Tod unserer Urgroßmutter las, da hat sie gelacht. Da hat sie  
das Buch entweicht. Ich muß es herbergen.“

Und Julius Krampl zittert: Er schließt das Gebetbuch ein  
und hebt seine Arme an mit einem Bild, der sagt: Jetzt weißt  
du selbst, daß ich recht habe.

Über Alfred lächelt er sich hinein. Und er denkt an die noch  
junge Frau, die nahe daran ist, weß zu werden.

Erst Abends stellt es sich heraus, daß die Bioge beschwunden  
ist. Anna hält bereit:

„Gnädige Frau, die Bioge ist fort! Als ich sie holen wollte,  
war sie weg!“

Krampl tritt nicht an das Mädchen heran, knieft, mit ge-  
preßten Zähnen, ihren Arm und sagt:

„Sollten Sie das Tier nicht früher in den Stall bringen?  
Jetzt ist es fast dunkel. Suchen Sie sie!“

Anna kreucht auf vor Schmerz und entwischt.

Frau Emma ist erleichtert. Jetzt kommt das Gerücht. Die  
neue Bioge.

Krampl, ohne Rücksicht auf den Haß, steht sie an voll  
hämischen Hoden.

„Eine wichtige Hausfrau! Um alles möchte man sich küm-  
mern. Die neue Bioge — Nun, ich sage dir.“

Die Frau verläßt flüchtig das Zimmer.

Krampl legt sich hin. Dumpf.

Alfred steht gespannt auf den Verlauf der Tragödie.

Nach einer Weile rennt Krampl, in Bombärmeln, zur Tür  
hinaus. Die Troppe fließt. Er murmelt. Er schluchzt. „Die  
neue Bioge.“

Unter ist es ganz dunkel. Von der Annas Stimme. Der  
hellen Kermal Krampls beschwunden im bedeckenden Schacht der  
Hinterwand.

Alfred läßt, noch gelendet, über die Kontur des Hinweg  
laufend, an Weibchen.

Eine Schulter, die gutt.

Er hebt die Hand.

Andere Flechten. Rasches Gesicht.

Da läßt er einen warmen, lebenden Hund. Und dieser Hund  
läßt ihn wieder. Beide Arme umfassen ihn mit sanftem Schlag.

Doch die Bioge ist verschwunden.

Glücklicherweise kommt Krampl durch das Dunkel un-  
gestört.

Die Arme fließt sich.

„Was steht Ihr hier so still?“

Alfred verstaubt eine läche Antwort.

Sie gehen die Treppe hinauf. Frau Emma schlief sich in  
ihrem Zimmer ein. Krampl steht im Nichts der Gaslampe,  
gerinnert, dortwärt. Seine Wunde ist offen. Die Arme  
brennt. Er schreit. Seine schützenden Haare, geröstet, trüben.

Ein Bild des Sommers.

Doch Alfred kann nicht schlafen; er heißt jedes aufsteigende  
Wort hinab und geht in sein Zimmer.

„Die neue Bioge —“ weist Krampl vor sich hin.

Am nächsten Morgen fanden sie das Tier im Stall des Hof-  
hofes „Zum Steen“. Es hatte sich losgerissen. Und wurde ein-  
gefangen. —

Anfangs schien es, als wolle der Hund im Hause Krampl  
weihen. Doch er blieb.

Mürrisch ging Krampl durch die Räume. Der dunkle  
Besuch hatte ihm wieder den Markstein des Schicksals gezeigt.

Wenn der Bruder nur erst fort wäre, dann würde er ein  
neues Regiment beginnen. Er mußte sich eben um alles küm-  
mern. — Das Verhältnis zwischen den Ehegatten wurde un-  
erträglich. So ist sie einander haben, fügen häßliche Worte.  
Emma war durchaus aggressiver geworden, und ihr leiser Dohn-  
den eine lockere Unterdrückung gegähel hatte, wie allmäh-  
lich scharfen, heftig geschleuderten Worten. Dabei blühte sie un-  
glücklich auf. Ihre Wangen wurden blutrot; ihr Gesicht ge-  
lauffert. Halsflügel, unerschaffen wie ein Kind, war sie ein  
diese Ehe hineingetaumelt. Und alles, was man Alfred, im  
Laufe der letzten Tage, als Zeugen anwesend, was auf unheilvolle  
Gegenstände der Charaktere hin.

Alfred lag in seiner Hängematte unten am Fuß. In tiefen  
Schatten. Er erhob sich und ging — es war um die Mittagszeit —  
nach Hause.

Alfred sanderte seine Gefühle dem Bruder gegenüber. Er  
sah: Epiphantum in seiner tragischen Form. Absolute Ver-  
fälschung. Sein Kuftrieb. Geiliger Tod. Dimelken am







# Gewerkschaftliches.

## Delegiertenversammlung der Zimmerer.

Die am Mittwoch im Fürstendhof abgehaltene Delegiertenversammlung wurde von Bludau mit einer Erklärung eröffnet, die einen Vorstoß gegen den Beschluß, den „Vorwärts“ nicht mehr als Publikationsorgan zu betrachten, darstellte. Mit 61 gegen 56 Stimmen wurde jedoch beschlossen, zunächst in die Tagesordnung einzutreten. Als erster Punkt befand sich die Versammlung mit der Stellungnahme und Beschlußfassung zu den Tarifverhandlungen. Hierüber führte Benada folgendes aus: Nachdem der Schiedsspruch vom 23. April abgelehnt worden war, hatte das Berliner Wohnungsamt erneute Verhandlungen angebahnt. Die Unternehmer wollten einen Einheitslohn von 2.75 M. ab 17. Mai und 2.80 M. ab 1. Juli gewähren. Das war gegen den Schiedsspruch, der nur 2.60 M. vorsah, ein Erfolg. Im übrigen soll jedoch der Schiedsspruch bestehen bleiben. Benada besuchte die einzelnen Bestimmungen, insbesondere die Ueberstundenentschädigung, die Stellung von Werkern durch die Arbeitnehmer und den Jahrgelderlohn. Der Tarif soll bis 31. März 1920 gelten mit halbjähriger Lohnrevision. Redner empfahl, dem Vorschlag zuzustimmen.

Die Aussprache verlief zeitweilig äußerst stürmisch, weil die rechtssozialistischen Zimmerleute vielfach mit erregten Zwischenrufen eingriffen. Darin aber stimmten alle Redner überein, daß die Zustände ganz ungenügend sind. Und doch vertreten sie alle fast ohne Ausnahme den Standpunkt, dem Vorschlag müsse zugestimmt werden. Es wurden denn auch 87 gegen 11 Stimmen für Annahme abgegeben.

Hierauf stand ein Antrag zur Debatte, zehn monatliche Extrabeiträge von 1 M. zu erheben. Der Antrag wurde mit 84 gegen 34 Stimmen abgelehnt. Dann kam der eingangs erwähnte Vorstoß zur Verhandlung. Vom Vorstand legte Reumann der Versammlung eine Verständigung nahe. Er schlug vor, sowohl in der „Freiheit“ als auch im „Vorwärts“ Bekanntmachungen zu erlassen, Druckaufträge aber der „Freiheit“ zu überweisen. In der Aussprache gingen die Wogen der Erregung wieder außerordentlich hoch. Beschlossen wurde dem Vorschlag Reumanns gemäß.

## Die Angestellten in den Berufsgenossenschaften.

Auch in den Berufsgenossenschaften sind die Angestellten dabei, eine neue Dienst- und Besoldungsordnung zu schaffen, die den veränderten Lebensverhältnissen entspricht. Es herrscht jedoch innerhalb dieser Angestelltenkreise noch keine einheitliche Auffassung darüber, wie das Dienstverhältnis in Zukunft zu gestalten ist. Eine Richtung ist für die absolute Beamtenstellung im Sinne der Staatsbeamten, eine zweite will wohl die Gehälter und Rechte der Beamten, will aber nicht deren Pflicht übernehmen, eine dritte endlich will die freie Regelung der Gehalts- und Angestelltenverhältnisse wie die freien Angestelltenverbände. Die Schwierigkeiten in der Ueberwindung dieser verschiedenen Richtungen liegen in der teilweise langen Dienstzeit, 20 bis 30 Jahre, die ein Teil der Angestellten hinter sich hat.

In einer Versammlung, die am Dienstag für die im Verband der Bureauangestellten organisierten Angestellten der Berufsgenossenschaften stattfand, wurden von dem Vorsitzenden Krele alle die erdienten Strömungen und Schwierigkeiten erwähnt und betont, daß sich die ganze Bewegung in der Hauptsache um die Fragen des Mitbestimmungsrechts und der lebenslänglichen Anstellung drehe. In der Diskussion kam im allgemeinen der Wunsch an die dritte Richtung, aber für Mitbestimmungsrecht und teilweise auch für lebenslängliche Anstellung zum Ausdruck. Es wurde aber auch von einzelnen Rednern die Meinung in auferordentlich scharfer Position ausgesprochen, gegen das Mitbestimmungsrecht polemisiert, da es dem lebenslänglichen Angestellten nur Nachteile und Hindernisse bringe. Diese Meinung erhielt allerdings nicht den Beifall der Versammlung, aber es ist außerordentlich bemerkenswert, wie manche Angestellte noch im alten Beamtenstande befangen sind und der persönliche Egoismus jedes Interesses für die Allgemeinheit überwiegt. Die Abstimmung über die Frage: für lebenslängliche Anstellung und Mitbestimmungsrecht ergab mit großer Mehrheit deren Annahme.

## Die Lage der kaufmännischen Angestellten der Lebensmittelbranche.

In keiner Branche liegen die Verhältnisse für die darin Beschäftigten so darnieder als in der Lebensmittelbranche. Aber während sich die kaufmännischen Angestellten der anderen Branchen längst aufrufen, sich gewerkschaftlich organisieren, um dann mit Hilfe der Organisation ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern, ist in der Lebensmittelbranche alles beim alten geblieben. Die Gehälter setzen meist unter aller Kritik und sind oftmals so niedrig, daß man sich wundern muß, wenn sich dafür überhaupt noch Arbeitskräfte finden. Monatsgehälter von 30, 40 und 50 Mark für Berufstätigen sind keine Seltenheit, während es Filialleiter und Filialleiterinnen gibt, die noch Sätze von 70, 70, 60 Mark und darunter pro Monat beziehen.

Einige Kollegen, die erkannt haben, daß es nicht so weitergehen kann, fordern daher die kaufmännischen Angestellten der Lebensmittelgeschäfte auf, sich gewerkschaftlich zu organisieren, um mit vereinten Kräften den Kampf für die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage aufzunehmen. In Betracht kommen alle Verkäufer und Verkäuferinnen, Filialleiter und Filialleiterinnen in den Futtergeschäften, Kolonialwarengeschäften, Kaffeehäusern, Konfitürengeschäften usw. Die Kolleginnen und Kollegen werden

aufgefordert, sich an die freie Gewerkschaft, den Zentralverband der Handlungsgehilfen, Berlin, Rünigstraße 20, wegen ihres Eintritts zu wenden.

Die Angestellten der Schlesischen Dampfer-Compagnie Berliner Lloyd Akt.-Ges. befinden sich seit Dienstag nachmittag im Streik. Da diese Betriebe über mehrere hundert Schiffe verfügen, so wird durch diesen Streik Handel und Industrie sowie auch ein Teil der Lebensmittelversorgung stark berührt. Die Ursache zum Streik beruht in der Tatsache, daß man mit dem Angestelltenausschuß vereinbarte Gehälter nicht auszahlte. Mit der zuständigen Organisation, dem Zentralverband der Handlungsgehilfen, hatte die Direktion abgesehen zu verhandeln.

Eine Reichskonferenz der Vertreter der Kriegsbeschädigten sämtlicher Reichs- und Staatsbetriebe findet am 28. Mai in Erfurt statt. Anfragen sind zu richten an August Flache, Gewerkschaftsbüro Erfurt.

# Groß-Berlin.

## Im Schmolldwinkel.

Die Wilmersdorfer Rechtssozialisten sind besonders stolz darauf, eifrig das Werk der Einigung der sozialistischen Parteien fördern zu helfen. Sie rufen in Worten entrüstet von den immer noch führenden Männern wie Koske und Scheidemann ab, sie brauchen sich an unerbittlichen Einigungsproben, aber zu irgendeiner praktischen Tat vermögen sie sich gleichwohl nicht aufzuraffen. In einer Sitzung des kommunalen Arbeiterrates am letzten Sonnabend bot sich wieder eine Gelegenheit, das wahre Gesicht dieser Einigungsapostel zu erkennen. Der Vollzugsrat Groß-Berlin hatte entsprechend den Beschlüssen der Vollversammlung bestimmt, daß Stadverordnete nicht gleichzeitig Mitglieder des Arbeiterrates sein können, und daß die Kommunisten bis zur Regelung eines einheitlichen Verfahrens ebenso wie die anderen sozialistischen Parteien Anspruch auf paritätische Besetzung haben. Als in der Sonnabend Sitzung die zehn Vertreter der R. P. D. erschienen, weigerten sich die Rechtssozialisten, überhaupt zu verhandeln, indem sie sich auf die einberufene „nichtöffentliche“ Sitzung beriefen. Wenn sie nicht hinter verschlossenen Türen bleiben können, dann verzögerten diese Revolutionäre schon lieber auf die ganze Verhandlung und ziehen sich schmolld zurück. Das hinderliche bei beiden anderen Fraktionen nicht, gemeinsam in der Öffentlichkeit über die weitere zu ergreifenden Schritte zu beraten. Es ist selbstverständlich, daß die Unabhängige Fraktion, wie das der Genosse Jabian zum Ausdruck brachte, die Gleichberechtigung der R. P. D. mit aller Entschiedenheit vertritt und den fadenscheinigen Hinweis auf die niedrigere Mitgliederzahl schon mit dem Einwand zurückweist, daß unter dem glänzenden Regime der Sozialpatrioten die Kommunisten eine öffentliche Propagandatätigkeit überhaupt nicht zu entfalten vermögen. Die Rechtssozialisten in anderen Kommunen, wie in Schöneberg, haben sich dieser Ansicht nicht verschließen können. Unseren S. P. D.-Leuten hätte die elementarste politische Klugheit sagen müssen, daß gerade in Wilmersdorf, einem der Hauptstützpunkte gegenrevolutionärer Elemente, der Augenblick für ein entschlossenes Vorgehen der sozialistischen Parteien gegen das gesamte Bürgertum gekommen ist. Die Bürgerlichen, entrüstet über das sozialistische Symbol der Novemberrevolution, über den Arbeiterrat, das einzige Symbol der Novemberrevolution, aber die Rechtssozialisten haben schon bei der Verhandlung in der Stadtverordnetenversammlung gezeigt, wie wenig ernst sie mit dem Stadtverordneten Lüdemann an der Spitze, diesen Kampf zu führen entschlossen sind. Es muß und wird Sache der wirklich revolutionären Arbeiterschaft sein, sich hier wie überall in treuer Solidarität hinter die Arbeiterräte zu stellen, ihre Existenz und ihre Weiterentwicklung allen Widersänden zum Trotz zu erzwingen.

## Der neue Geist in der Schule.

In unserem Bericht über den sonderbaren Unterricht in der Fortbildungsschule in der Grünhaldenstraße, wird uns ergänzend mitgeteilt, daß viele Schüler sich weigerten, die 3 Strophen des Liedes: „Deutschland, Deutschland über alles“ mitzusingen und daß dabei ein Schüler auf wenig einwandfreie Weise aus der Aula entfernt wurde. Als Schüler auf den Rechtschreibprozess hinwiesen, sagte der Direktor Tropsch: „Liebknecht ist der Mann, der uns ins Unglück gestürzt hat. Und der Lehrer Anasch meinte u. a.: Die Offiziere hätten vor den Arbeitern die große Last des Krieges zu tragen gehabt.“

Die Lehrer sollten sich überlegen, daß sie sich in der Schule befinden und nicht in ihren politischen Vereinen.

Die Fraktion der U. S. P. - Mitte teilt mit: Die Schwerebeschädigten der Waffen- und Munitionsfabriken wurden am 25. Januar in Martinisensfelde und Wittenau wegen Schließung der Betriebe entlassen. Durch Verhandlungen des Arbeiterrates und des Internationalen Bundes der Kriegsbeschädigten war es möglich, daß die Kriegsbeschädigten im Kugellager Wittenau wieder eingestellt und ihre Löhne rückwirkend bis zum Januar nachbezahlt wurden. Die Kriegsbeschädigten beantragten eine Sammlung, die eine Summe von 2100 Mark ergab. Ein Drittel dieser Summe wurde dem Internationalen Bund der Kriegsbeschädigten, ein weiteres Drittel den Inpartiierten und das letzte Drittel dem Agitationsfonds der Fraktion der U. S. P. D. - Arbeiterräte überwiesen. Die Fraktion der U. S. P. D. - Arbeiterräte spricht hiermit den Kriegsbeschädigten ihren besten Dank aus.

Der neu gewählte Niederbarnimer Kreisrat tritt in seiner ersten Sitzung am 3. Juni zusammen. Die Stärke der Parteien im neuen Niederbarnimer Kreisrat ist folgende: 25 Reichssozialisten, 19 Unabhängige, 10 Deutschnationale, 5 Deutsche Sozialisten und 10 Demokraten. Es stehen also insgesamt 44 sozialdemokratische 25 bürgerliche Kreisratsabgeordnete gegenüber. Im Teltower Kreisrat hat sich das Verhältnis der sozialistischen zu den bürgerlichen Abgeordneten gegenüber der ersten Wahlperiode Ermittlung noch endgültiger Feststellung verschoben. Hier sind 28 Reichssozialdemokraten, 11 Unabhängige, 14 Demokraten und 22 Vertreter der Rechtsparteien gewählt worden. Die Sozialdemokraten haben demnach eine Stimme Mehrheit.

Die Betriebswerkstätten der Stadt Berlin, Gormannstr. 17, die in den Kriegsjahren große Aufträge in Reparaturarbeiten ausgeführt haben, sind allmählich zur Friedensarbeit übergegangen. Da der Rohstoffmangel große Neuankertigungen unmöglich macht, haben sie sich vor allen Dingen dafür eingerichtet, Instandsetzungsarbeiten an Wägen auch für Privatbahnhaltungen zu übernehmen. Das Material muß von den Auftraggebern zugeführt werden, während die Werkstätten den Radsätzen liefern. In der Kleiderabteilung werden Kleider neu angefertigt und umgearbeitet, es arbeiten ebenfalls das Stoffmaterial zum Auftragen zugeführt werden. Auch Wenden von den Werkstätten geliefert wird. Auch Wenden von Herrenanzügen, Neuankertigung und Umarbeitung von Mänteln in Ankleidung wird in der von Schneidern geleiteten Abteilung übernommen. Die Preise werden nach angemessener Stundenlohn berechnet. — Es ist eine Einrichtung, die von denen, die sie kennen, mit Dank benutzt und sicher von denen, die es erfahren, mit Freude begrüßt wird.

Obligatorische Spielnachmittage unter Aufsicht von Lehrkräften sollen in familiären Spandauer Schulen eingerichtet werden. Der erzieherische Hauptzweck dieser Veranstaltungen ist, daß Lehrer und Schüler sich näher kennen lernen sollen. Jede Klasse soll mindestens zwei Stunden in der Woche spielen. Es kommen nur die oberen Klassen in Betracht, bei den Gemeindeschulen die Schüler im Alter von 12—14 Jahren. Um die Spielnachmittage möglichst einheitlich zu gestalten, werden die Lehrkräfte vorher an einem Kursus teilnehmen.

## Lebensmittellieferanten.

Stoaken. Am Freitag wird auf Abschnitt 1 der Kettstraße Grund der Kundenliste weiter abgegeben. In der Geschäftsstelle Glienicker-Hessenwinkel werden frische Schellfische zum Flundabrei von 1,00 M. in beliebigen Mengen an die Einwohnererschaft abgegeben.

## Aus den Organisationen.

Charlottenburg. Extra-Zahlabend der 3. Gruppe Freitagabend 7 Uhr im Volkshaus.  
Cöpenick. Freitag, den 23. d. M., Mitgliederversammlung des Wahlvereins im „Schneizergarten“, Rindensstraße, um 7 1/2 Uhr. Tagesordnung: 1. Referat über Zeitungswesen. 2. Diskussion. 3. Kassenbericht. 4. Verschiedenes.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wielepp, Neubrück, Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck und Verlagsvertrieb: Verlagsgenossenschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 19.

# Die freie Welt

Illustrierte Wochenschrift der U. S. P. D.

## Heft 4

ist soeben erschienen!

Aus dem Inhalt:  
**Die Bewaffnung der Bourgeoisie**  
Bilder von der Friedenskonferenz.  
Bilder aus dem Kali- und Kohlenbergbau.  
Notstandsarbeiten am Mittellandkanal.  
Karikaturen u. a.  
Der Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens.  
Von Prof. Ballod.  
Leo Tolstois Roman „Der Teufel“.  
Preis 20 Pfennig.

Abonnement Mai/Juni M. 1.60  
Nr. 1-3 können noch nachgeliefert werden.  
In allen Buchhandlungen, Zeitungsverkäufstellen, Kiosken, Bahnhofsbuchhandlungen, sowie im Verlag, Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19.

Die taggenossenschaft „Freiheit“ e. m. b. H.  
Berlin N. W. 6, Schiffbauerdamm 19.

Soeben erschienen:  
**Annehmen oder ablehnen?**  
Die Unabhängige Sozialdemokratie und der Friede  
Mit Beiträgen von K. Kautsky, G. E. Graf, C. Ballod, A. Stein, R. Hilferding und H. Haase.  
Preis 50 Pfennig.  
Buchhändler, Spediteure und Zeitungshändler wollen sofort ihren Bedarf anmelden.  
Vertreter in allen Orten Deutschlands gesucht!

**U. S. P. D. Pankow**  
Aula des Lyzeums, Görschstr.  
Freitag, den 23. Mai 1919  
**Lichtbilder-Vortrag**  
des Schriftstellers Hans Siemsen  
über  
**Die Revolution in Berlin**  
mit authentischen Bildern aus den Revolutions- und Straßenkämpfen.  
Eintritt 1 Mk.  
Vorverkauf beim Vorstand und bei allen Pankowern der U. S. P. D. in den Kommuneverkaufsstellen, im Geschäftszimmer des Arbeiterrates im Rathaus, in der Freiheitsexposition Herbst, Florastr. 25, sowie ab 7 Uhr an der Abendkasse.  
Der Vorstand.

**3 zuverlässige Botenfrauen**  
sucht Schiffbauerdamm 19, „Freiheit“.

**4 zuverl. Botenfrauen**  
für Wilmersdorf und Halensee werden eingestellt. Deutsche, Wilmersdorf, Gieselerstr. 25. Laden.

**6. Wahlkreis U.S.P.**  
3. Abt. Dsk. 209.  
Am Dienstag, d. 20. Mai verstarb unsere Genossin Frau  
**Luise Götz**  
Belforter Straße 11.  
Ehre ihrem Andenken.  
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 24. d. Mts. nachm. 4 Uhr von der Leichenhalle des Freiwilligen-Friedhof, Pappel-Allee aus statt.  
Um regen Beteiligung ersucht.  
Der Vorstand.

**Arbeitsmarkt**  
Für das Jugendheim in Steglitz wird zum 1. Juni gegen freie Wohnung ein  
**Wärter**  
gesucht. Nur schriftliche Angabe mit Angabe der Parteizugehörigkeit an M. Wiese, Steglitz, Schulstr. 118 erbeten.  
Bismarckpark, gelb, verlanget Kramke, Sanderstr. 20  
Bismarckpark in Haus, Kraftbetrieb, ein Robinsontopperris verlangt Tanczer Kottbuser Damm 43

Deutscher Transportarbeiter-Verband.  
Bezirksw. Groß-Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege der Geschäftsleiter  
**Ernst Feist**  
am 17. d. M. im Alter von 60 Jahren verstorben ist.  
Ihre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 23. d. M. nachm. 4 Uhr von der Leichenhalle des Neuen Jakobikirchhofes Neukölln, Hermannstraße aus statt.  
Die Bezirksverwaltung.

Hinzerichtet sind die Augen aller auf die Reubendetektei „Wahrheit“! Anklagen, Beobachtungen, Verfolgungen! Staatliche Rechtsachen! Hervorragende Ergebnisse! Kottbuser Damm 65, Neudammstr. 7, Adalbertstr. 3, Große Frankfurter Straße 10, Neukölln, Bismarckstraße 22.

„Wahrheit“ Moritzplatz 53a. Rechtsachen, Ehesachen, Beobachtungen, Ermittlungen, Anklagen, Ehesachen, Ehesachen.

**Verkäufe**  
Tabakpflanzen, Gemüsepflanzen aller Art verkauft Gärtnerei Seydel, Neukölln, Köllnische Allee 160-69.  
Eins Gehrack-Anzug s. Mantel, Nähmaschine, Kindersachen b. zum 3. Jahr verkauft Pauligt, Neukölln, Jannasstr. 23  
Echt Nordhäuser, Kautabak, sowie reiner Rauchtabak in bekannter Güte eingetroffen, an Selbstverbraucher, Tabakgeschäfte, Berlin O 112, Kronprinzstr. 2, Nähe Ringbahn, Hof Frankfurter Allee  
Hellsilbermotor, 65 Bohranz, gute Maschine, verk. Wichort, Radersdorferstr. 21, 2. Aufg.  
Küchenreinigung, Anrichte, neu, billig, Rahn, Palisadenstrasse 11, H. 2, II  
Legenhöper, Euten, Kleinen billigst, Will, Markussr. 20  
Kautabak (garant. rein) schimmelreife, gibt bestes in grossen und kleinen Packen ab Kautabakhaus H. Friedrich, Palisadenstr. 29  
Bismarck, gut erhalten, zu verkaufen, Lützow, Langestr. 99-100, III, IV  
Angelbühnen verk. Kottbuser Damm 74, Lokal

**Kaufgeschäfte**  
Kaufe Fetter, Hand- allerhand Stoffe, Paokleinwand, Garn, etc. Scheller, Georgenkirchstr. 10  
Motorrad, gut erhalten, bereit, sofort zu verkaufen, Kastanienstr. 3  
Spiralbohrer, kann jeden Posten, NO 35, Eichinger Str. 10  
Schreibmaschine, Nationalmaschine, sucht zu verkaufen, Schöneberg, Lützowstr. 10  
Spiralbohrer, kann jeden Posten, NO 35, Eichinger Str. 10  
Leinwand, Läden, Schellack usw., verkaufen, Postes Gebirgstr. 10  
Kupferleitung, sucht zu verkaufen, Postes Gebirgstr. 10  
Alte Pläne, Paokleinwand, sucht zu verkaufen, Postes Gebirgstr. 10